

AKTIV

Aktuelle Kampagnen: <http://www.campact.de/campact/home>

=====

CHEMIKALIEN - BENZIN

24.11.2009

Benzindämpfe machen aggressiv

Einen Zusammenhang zwischen Benzindämpfen und aggressivem Verhalten haben Forscher in Tierversuchen nachgewiesen. Dies könnte bedeuten, dass Benzinabgase auch die Aggressivität von Menschen steigern.

Die Studie "Impact of gasoline inhalation on some neurobehavioural characteristics of male rats" ist im Fachblatt "BMC Physiology" erschienen.

Amal Kinawy von der Universität Kairo beobachtete das Verhalten von Ratten, die saubere Luft einatmeten, sowie von Ratten, die Abgase von bleihaltigem beziehungsweise bleifreiem Treibstoff einatmeten. Dabei zeigte sich, dass die "Abgasratten" öfter eine angriffslustige Haltung annahmen und auch öfter angriffen als jene, die saubere Luft atmeten.

<http://www.biomedcentral.com/1472-6793/9/21/abstract>

=====

CHEMIKALIEN - Bisphenol-A

01.10.2009

Babyschnuller sind Bisphenol-A-belastet. Hormonell wirksame Chemikalien in Kinderartikeln und lebensmittelnahen Anwendungen gehören verboten

Berlin (ots) - Viele Babyschnuller sind mit hormonell wirksamen Chemikalien belastet. In allen zehn durch ein Testlabor im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) untersuchten Schnullern wurde Bisphenol A gefunden. Diese Substanz steht im Verdacht, Unfruchtbarkeit, Schädigungen der Gehirnentwicklung und Brustkrebs hervorzurufen. "Säuglinge und Kleinkinder reagieren besonders empfindlich auf hormonartige Schadstoffe wie Bisphenol A", sagte Professor Ibrahim Chahoud, Toxikologe an der Berliner Universitätsklinik Charité. "Hormone spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Organen. Ist der Körper künstlichen hormonähnlichen Stoffen ausgesetzt, können diese das empfindliche Gleichgewicht der natürlichen Hormone stören." Mehr unter <http://www.bund.net/bisphenol-a>

26. 10. 2009

Bundestag: "Tolerierbare tägliche Aufnahmemenge" bei Bisphenol A nicht ausgeschöpft

Gesundheit/Antwort

Berlin: (hib/STO/HIL) Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sieht derzeit keinen Anlass für eine Änderung des von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) festgesetzten Wertes der "tolerierbaren täglichen Aufnahmemenge" (TDI) für die Chemikalie Bisphenol A (BPA). Dies gilt laut einer Antwort der Bundesregierung (16/14142 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/141/1614142.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/14082 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/140/1614082.pdf>) "auch unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse".

Nach dem für BPA 2006 von der EFSA festgelegten TDI-Wert können Verbraucher den Angaben zufolge ein Leben lang täglich 0,05 Milligramm der Chemikalie pro Kilogramm Körpergewicht aufnehmen, ohne dass ein gesundheitliches Risiko besteht. Sowohl Erwachsene als auch Säuglinge und Kleinkinder schöpfen "den TDI für BPA aus dem Verzehr von Lebensmitteln bei weitem nicht aus", heißt es in der Antwort weiter. Folglich resultierten aus der Aufnahme der Chemikalie über Lebensmittel "keine nachteiligen gesundheitlichen Wirkungen". Zu diesem Ergebnis komme die EFSA in einem Gutachten aus dem Jahr 2006 zu BPA, das 2008 nochmals bestätigt worden sei. Das BfR stimme mit dieser Einschätzung der EFSA überein. BPA wird unter anderem bei der Herstellung von Kunststoffen eingesetzt, die zum Beispiel in CDs, Plastik- oder Babyflaschen vorkommen.

Anmerkung Scherrmann:

Bis die Politik reagiert, müssen wir wohl noch Jahrzehnte warten.

In Kanada ist Bisphenol A in Babyartikeln grundsätzlich verboten.

Der TDI ist die "heilige Kuh", die durch eine monokausale Sichtweise zustande kommt. Ich habe bei solchen Beurteilungen (speziell vom BfR) immer wieder den Eindruck, dass die Höhe des Risikos daran gemessen wird, ob ein Mensch bzw. ein Baby sofort tot ist. Die "nachteiligen gesundheitlichen Wirkungen" sind jedoch viel, viel subtiler (siehe weiter oben). Ich finde, im Zweifelsfall sollte auch der Verdacht auf Schädigung ernst genommen werden und Vorsorge oberstes Handlungs-Prinzip sein. Siehe auch unter CHEMIKALIEN - PHTHALATE

=====

CHEMIKALIEN-COCKTAIL - DUFTSTOFFE

9.11.2009

Gefährlicher Beauty-Cocktail

Frauen tragen täglich 515 Chemikalien auf!

LONDON – Gesichtscremes, Make-up, Bodylotions: Das zarte Geschlecht greift laut einer britischen Studie jeden Tag tief in die Kosmetik-Töpfe. Manche der enthaltenen Stoffe können gefährlich sein. Evas, die auf ihr Äusseres achten, benutzen im Schnitt 13 Schönheitsprodukte. Pro Tag schmieren sie sich so 515 Chemikalien ins Gesicht und auf den Körper. Das Bedenkliche daran: Gewisse Stoffe, die in diesen Kosmetika und Pflegeprodukten enthalten sind, wurden mit Krebs, Hormon- und Hautproblemen sowie Allergien in Verbindung gebracht.

Der schlimmste Übeltäter ist laut der Studie des britischen Deodorant-Herstellers Bionsen Parfüm. Im Schnitt enthalten Duftwässerchen 250 chemische Komponenten – wie zum Beispiel der Bestseller Chanel No5. Einige Exemplare schlagen aber sogar mit über 400 Stoffen zu Buche!

Lippenstift besteht durchschnittlich aus 33 Komponenten, Bodylotions aus 32, bei Mascara sind es 29 und bei Handcremes noch 11. Die bestverkaufte Foundation Maybelline Dream Matte Mousse enthält 24 chemische Stoffe, der beliebteste Nagellack von Rimmel wird aus 31 Stoffen gezaubert und beim Körperlotionen-Bestseller Nivea Rich Nourishing Body Lotion sind es 32.

Gesundheits-Experten warnen besonders vor der Benutzung von Produkten, die Parabene, Sodium Laureth Sulfat, Phthalate und Formaldehyd enthalten.

«Die Beauty-Regeln haben sich dramatisch verändert – vom einfachen «Wash & Go» hin zum täglichen Auftragen von künstlichem Bräuner, regelmässigen Maniküren, falschen Wimpern und Haarverlängerungen», sagt Charlotte Smith von Studienauftraggeber Bionsen in der britischen Zeitung «Sun». Und meint weiter: «Die neuen «Wundermittel» enthalten mehr Chemikalien, um bessere Resultate erzielen zu können. Das bedeutet, dass die Frauen gefährdeter sind.»

Die meisten Chemikalien wurden in Grossbritannien bei Frauen gefunden, die zwischen 18 und 25 Jahren alt waren und im Nordwesten des Landes lebten. Am wenigsten wurden bei Probandinnen zwischen 36 und 44 aus dem Süden festgestellt.

<http://www.blick.ch/life/mode/frauen-tragen-taeglich-515-chemikalien-auf-133746>

Anmerkung Scherrmann

Erstaunlich ist:

- Diese Meldung kommt in einer grossen schweizerischen Tageszeitung
- ein Deodorant-Hersteller (von japanischer Naturkosmetik) gibt eine Studie in Auftrag, aeussert sich zu der Problematik und spricht davon, dass die Frauen durch die neuen "Wundermittel" gefaehrdeter sind.
- hier wird die Anzahl von Einzel-komponenten thematisiert

Als Ergaenzung:

Vollständigen Analyse (181 Einzelkomponenten) eines einzigen Parfuems als Faltblatt unter

www.safer-world.org/d/chem/duft/Analyse_Faltblatt.pdf

Unvollständige Analyse als Poster unter http://www.safer-world.org/d/chem/duft/Parfuem_Analyse_2008.pdf

=====

CHEMIKALIEN - CHROMATE

19.07.09

WDR-Wirtschafts- und Verbrauchermagazin "Markt" findet giftiges Chromat in Kinderschuhen

Köln (ots) - Sie können schwere Allergien oder sogar Krebs auslösen: Chrom(VI)-Verbindungen oder Chromate. Deshalb war es ein Skandal, als die WDR-Sendung "Testmarkt" diese Verbindungen vor zwei Jahren in Kinderschuhen aus Leder nachweisen konnte. Leder wird meist mit Chromsalzen gegerbt. Macht der Gerber Fehler, können daraus die gefährlichen Chrom(VI)-Verbindungen oder Chromate entstehen. Hersteller und Schuhhändler versprochen, das Problem zu lösen. "Testmarkt" hat das überprüft und erneut 25 Paar Kinderschuhe getestet.

Teilweise vierfache Überschreitung der Grenzwerte

Weil es für Kinderschuhe noch immer keinen Grenzwert gibt, haben wir die Ergebnisse wieder mit dem EU-Grenzwert für die Belastung von Arbeitsschuhen verglichen. 6 der 25 Schuhe lagen 100 bis 300 % darüber. Darunter ausschliesslich Kinderschuhe, die wir bei renommierten, überregional tätigen Handelsketten gekauft hatten.

Originaltext: WDR Westdeutscher Rundfunk

http://www.presseportal.de/pm/7899/1442804/wdr_westdeutscher_rundfunk?search=kinderschuhe

=====

CHEMIKALIEN - DIESEL

Dieselabgase: Schon geringe Mengen krebserregend Dämpfe verursachen Blutgefäßwachstum bei kranken Mäusen

Washington/Basel (pte/03.09.2009/16:18) - Forscher der Ohio State University <http://www.osu.edu> haben in Laborversuchen gezeigt, dass Dieselabgase schon in sehr geringen Mengen krebserregend sind. Das Wissenschaftsteam um Qinghua Sun hat entdeckt, wie die Dieselabgase die Krebsentstehung fördern. Mäuse, die mehrere Stunden täglich solchen Abgasen ausgesetzt waren, wurden mit Artgenossen verglichen, die gefilterte Luft einatmeten. Bei letzteren, konnten die Forscher die Bildung neuer Blutgefäße feststellen. Diese können bei kranken Tieren Tumore mit Nährstoffen versorgen. Eine Vorerkrankung ist nicht notwendig, um auf die Dieselabgase so empfindlich zu reagieren.

In der Studie wollten die Forscher untersuchen wie Lebewesen auf Abgasmengen reagieren, die in städtischen Bereichen üblich sind. Die Schadstoffmengen lagen bei oder sogar leicht unter den

Werten, denen Arbeiter, die mit Dieselmotoren arbeiten oder Abgasen beispielsweise in Tunneln, an Autobahnen oder Verlade-Docks ausgesetzt sind. "Die Hauptbotschaft unserer Studie ist, dass schon nach einer kurzen Zeitspanne von nur zwei Monaten sogar gesundes Gewebe einen Tumor entwickeln kann, wenn es Dieseldämpfen ausgesetzt ist", so Studienleiterin Qinghua Sun.

Die meisten der Dieselpartikel haben einen Durchmesser von nur 0,1 Mikrometer. Diese geringe Größe ermöglicht es den Schadstoffen, überall in den menschlichen Kreislauf einzudringen. Das bestätigt auch der Umweltmediziner und Chemiker Emil Hellemann, der sich seit Jahren mit den Feinstpartikeln befasst. "Besonders jene Teilchen, die unter einem Mikrometer groß sind, sind extrem gefährlich", erklärte der Experte in einem presstext-Interview (<http://presstext.de/news/050901018/>). Diese Aussagen wurden in den vergangenen Jahren auch von anderen Experten immer wieder bestätigt. Erst im Mai 2009 hat eine Studie der Universität Mailand bei der Internationalen Konferenz der American Thoracic Society ein noch erschreckenderes Bild gezeichnet: Das Einatmen gewisser Partikel kann sogar erbgutschädigend sein und damit Krebs und andere Erkrankungen auslösen (presstext berichtete <http://presstext.at/news/090519044/>).

"Die Studie liefert eine weitere spezifische Beobachtung zur Wirkung von Dieselaabgasen", meint der Umweltmediziner Nino Künzli, Leiter des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Basel <http://www.ispm-unibas.ch/english/index.php> , gegenüber presstext. Gefährlichkeit sei allerdings immer eine Frage des Standpunktes. "Grundsätzlich ist es seit langem bekannt, dass Dieselaabgase - vor allem von Fahrzeugen ohne Filtersystem - in verschiedener Weise toxisch sind und unter anderem auch die Krebsentwicklung fördern." Die Toxizität von Dieselaabgasen sei für Europa besonders problematisch, da in vielen Ländern die Dieselfahrzeuge seit Jahren fiskalisch gefördert wurden. "Zudem wurde die Filterpflicht sehr lange verzögert, so dass heute noch immer die große Mehrzahl von Dieselfahrzeugen auf europäischen Strassen ohne Filter herumfahren", erklärt Künzli.

"Ein weiteres Problem ist die dichte Bebauung der europäischen Städte. Das bedeutet, dass sehr viele Menschen sehr nahe entlang von dicht befahrenen Verkehrsadern leben, wo sehr hohe Konzentrationen von Dieselpartikeln gemessen werden", so Künzli. In den USA - etwa in Kalifornien - sei die Situation weit weniger zugespitzt, da Dieselaautos seit langem aus Gesundheitsgründen gar nicht zugelassen sind und zudem sehr viel weniger Leute in Straßenschluchten wohnen. "Die Forschungsergebnisse sind eine Herausforderung für die Autoindustrie, die Gesetzgeber, und vor allem auch die Städteplaner", meint Künzli. "Dicht bevölkerte Stadtteile sollten vom Straßenverkehr viel besser geschützt werden als dies in vielen Europäischen Städten derzeit der Fall ist."

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=090903043>

FOCUS vom 03. 09. 2009 : http://www.focus.de/gesundheitsratgeber/krebs/news/krebsgefahrdiesel-als-treibstoff-fuer-tumore_aid_432414.html

04. 09. 2009: <http://www.netdoktor.de/News/Dicke-Luft-Krebsgefahrdurc-1131307.html>

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

Umweltmedizinische Problematik:

Das Einatmen von unsichtbaren Feinstäuben, die in Partikeln mit Größen von 10 Mikrometern (PM10) bis weniger als 0,1 Mikrometern (m) vorkommen, kann zu Lungen oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs mit vorzeitigen Todesfällen führen, das haben mehrere Studien belegt. Vor diesem Hintergrund wurde mit den neuen Luftreinhaltvorschriften (7. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Novelle der 22. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung) die neuen Luftqualitätsrichtlinien der EU in deutsches Recht umgesetzt. Der Grenzwert für Feinstpartikel (PM10) wurden gesenkt: 50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ PM10 dürfen nicht öfter als 35mal im Jahr überschritten werden (Mittelungszeitraum 24 h) bzw. 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ PM10 darf im Kalenderjahr im Mittel nicht überschritten werden. Die neuen Grenzwerte bestehen seit dem 01. Januar 2005. Die Einhaltung der Grenzwerte wird von Seiten der Länder, die für den Vollzug zuständig sind, problematisch gesehen, was sich bei den jüngsten Überschreitungen in verschiedenen Grossstädten bereits bewahrheitet hat.

Hauptverursacher von Feinstaub ist der Verkehr. Weitere Quellen sind Kraftwerke und kleine Heizkessel sowie industrielle Prozesse. Der Verkehr erzeugt insbesondere Feinstaub durch die Verbrennung von Diesel in Kraftfahrzeugen. Bei der Immission von Stäuben geht es nicht nur um die Masse der Stäube - die konnte in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert werden, sondern vielmehr um die Anzahl und Oberfläche der Partikel. Denn der Anteil der feinen und ultrafeinen Partikel an der Gesamtstaubmenge hat zugenommen. Besonders den ultrafeinen Partikeln wird der Löwenanteil der toxischen Effekte zugeschrieben.

Quelle:

http://www.uniklinikum-saarland.de/mediadb/Uniklinik_Homburg/Kliniken/Arbeitsmedizin/diagnostische_tabellen/diag_tabellen.pdf Seite 169

=====

CHEMIKALIEN - n-HEXAN

Patienten mit n-Hexan-induzierter Polyneuropathie: eine klinische Verlaufskontrolle

Y C Chang¹

Kurzfassung

Die Prognose bei Hexacarbon-induzierter Polyneuropathie ist in der Regel gut, wenngleich der klinische Verlauf nach Ende der Exposition noch nicht im Einzelnen beschrieben wurde. Elf Patienten mit leichter bis schwerer n-Hexan-induzierter Polyneuropathie nach berufsbedingter Exposition wurden über einen Zeitraum von vier Jahren an der neurologischen Abteilung des National Taiwan University Hospital regelmäßig nachuntersucht. Eine sensomotorische Neuropathie wurde bei neun Patienten, eine motorische Neuropathie bei zwei Patienten diagnostiziert. Nach ätiologischer Verifizierung wurden alle Patienten der n-Hexan-Exposition entzogen, doch verschlimmerten sich die motorischen Störungen in fünf Fällen auch weiterhin. Die sensorischen Funktionen waren eher als die motorischen Funktionen wiederhergestellt. Alle Patienten – auch jener tetraplegische, der zunächst an den Rollstuhl gebunden war – erlangten ihre vollständige Bewegungsfähigkeit innerhalb von einem bis vier Jahren wieder. Drei Patienten mit schwerer Neuropathie hatten in den intrinsischen Fuß- und Handmuskeln eine residuale Muskelatrophie. Symptome einer Schädigung des Zentralnervensystems – einschließlich gesteigerter Sehnenreflexe bei zwei Patienten und Spannungsgefühl in den Beinen bei sechs Patienten – traten auf, als sich die Muskelkraft wieder der völligen Wiederherstellung näherte. Das Spannungsgefühl in den Beinen verschwand allmählich, doch entwickelten sich Muskelkrämpfe in den Waden, und diese lagen auch noch bei Ende der Verlaufskontrolle vor. Bei zwei Patienten wies das Farbsehen leichte Anomalien auf, die auch noch vier Jahre später feststellbar waren. Die Schlussfolgerung

lautet, dass n-Hexan-induzierte Neuropathie eine gute Prognose hat und dass die durch Schädigung des Zentralnervensystems bedingte Spastizität funktionell reversibel ist; Muskelkrämpfe und partielle Farbenblindheit bestehen viel länger fort.

<http://www.bk1317.com/images/fbfiles/files/literatur.pdf>

(Im oberen Teil der Datei steht das engl. Original, im unteren die vom wissenschaftlichen Sprachendienst des deutschen Bundestag ins deutsche übersetzte Fassung der betreffenden, englischsprachigen verfassten Studie)

=====

CHEMIKALIEN - p-BENZOCHINON

Der Benzolmetabolit p-Benzochinon ist gentoxisch durch Phorbol-12-acetat-13-myristat induzierten humanen Lymphozyten

<http://www.ipa.ruhr-uni-bochum.de/image/poster/239.pdf>

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

23.11.09

Greenpeace-Test: weniger Pestizide in Trauben / 20 Prozent der konventionellen Proben noch immer "nicht empfehlenswert"

Hamburg (ots) - Die Belastung mit giftigen Pestiziden in Tafeltrauben ist rückläufig. Zum ersten Mal seit Beginn der jährlichen Greenpeace-Pestizidtests überschreitet keine der Trauben-Proben die akute Referenzdosis (ARfD) - das Maß für die akute Gesundheitsgefährdung. Bei der ersten Untersuchung im Jahr 2003 lagen noch 14 Trauben-Proben über der ARfD. In den beiden Vorjahren 2007 und 2008 war es jeweils eine Probe. Besorgniserregend sind jedoch weiterhin die Mehrfachbelastungen. Sie gelten als toxikologisch bedenklich, weil mögliche Kombinationswirkungen der unterschiedlichen Pestizide auf die menschliche Gesundheit noch weitgehend unerforscht sind. Greenpeace fordert gesetzliche Grenzwerte für Mehrfachbelastungen. ...

Weitere Informationen unter www.greenpeace.de

Originaltext: Greenpeace e.V.

Text :

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/umweltgifte/FS_Pestizide_Trauben_2009.pdf

Tabelle :

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/umweltgifte/FS_Trauben09_Tabellenanhang_1.pdf

13. 07. 2009

Pestizidrückstände in Obst und Gemüse immer noch Besorgnis erregend

Der neue EU-Bericht über die Belastung von Lebensmitteln mit Pestizidrückständen für das Jahr 2007 zeigt keine spürbaren Verbesserungen der Gesamtsituation, kritisiert PAN Germany. Noch immer können durch Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln akute Gesundheitsrisiken für die Verbraucher entstehen.

Im Durchschnitt überschritten 2007 rund 4% der EU-weit untersuchten Lebensmittelproben die vorgeschriebenen Rückstands-Höchstmenge. Wird nur Obst und Gemüse betrachtet, liegt der Wert sogar bei fast 5%. Dies ist laut neuestem Bericht der EU-Lebensmittelbehörde EFSA die Bilanz der Lebensmitteluntersuchungen in 29 europäischen Mitgliedsstaaten. Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany: "Die Ergebnisse sind Besorgnis erregend. Nach dem EFSA-Bericht gibt es 52 festgestellte Produkt/Pestizid-Kombinationen, die Rückstandswerte aufwiesen, bei denen ein akutes Gesundheitsrisiko für Verbraucher nicht ausgeschlossen werden kann. Und auch der Anteil an Proben mit Mehrfachrückständen bleibt mit 26% auf einem sehr hohen Niveau."

Neun Lebensmittel wurden genauer untersucht: Pfirsiche, Erdbeeren, Salat, Äpfel, Hafer, Roggen, Porree und Tomaten. In 47% der Proben dieser Lebensmittel waren Pestizidrückstände nachweisbar. Pfirsiche, Erdbeeren, Salat und Äpfel waren besonders hoch bzw. häufig belastet.

Erstmals wird der Bericht durch die EFSA und nicht mehr durch die EU-Generalkommission für Gesundheit und Verbraucherschutz verfasst. Der Bericht erscheint nun mit neuem Design. Bei der Darstellung der Ergebnisse verengt sich der Blick jedoch. Es werden in den Tabellen nur noch die Rückstandshöchstmenge-Überschreitungen dargestellt. Wie viele Proben nicht nachweisbare Rückstände enthalten, stellt die EFSA nicht direkt ersichtlich dar. Susanne Smolka, Pestizidexpertin bei PAN

kritisiert: "Wer wissen möchte, wie viele Lebensmittelproben und welche Lebensmittel frei von Pestiziden sind, muss die zigtausend Einzelergebnisse auswerten. Das ist ohne die entsprechende Software eine Sisypusarbeit. Das ist ein Rückschritt in der Transparenz. Jetzt ist nicht mehr direkt erkennbar, wie sich die Belastung entwickelt hat."

Damit fällt ein guter Anzeiger für die Qualität unserer Lebensmittel weg".

Weitere Informationen:

http://www.pan-germany.org/download/presse/PI_Pestizid-Rueckstaende_2007_090713.pdf

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) (Pesticide Action Network - Germany) E-Mail:

presse@pan-germany.org

Internet: <http://www.pan-germany.org>

09.07.09 21:45

Unter Verdacht – Pflanzenschutzmittel "Roundup" doch gesundheitsschädlich?

"Roundup" ist der Weltmarktführer unter den Pflanzenschutzmitteln und gilt als unbedenklich. Doch neue Studien legen den Verdacht nahe, dass bislang unerkannte Gefahren von dem Mittel ausgehen könnten. Die Behörden allerdings reagieren unzureichend.

Mehr unter [http://www.rbb-](http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_09_07/unter_verdacht_pflanzenschutzmittel.html)

[online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_09_07/unter_verdacht_pflanzenschutzmittel.html](http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_09_07/unter_verdacht_pflanzenschutzmittel.html)

15.06.2009

Wer Chemie sprüht, gefährdet damit die eigene Gesundheit

Washington - Menschen, die in ihrem Beruf regelmäßig mit Pestiziden hantieren, haben ein doppelt so hohes Risiko für bestimmte Erkrankungen des Blutes. Das berichten US-amerikanische Hämatologen in der Fachzeitschrift Blood. Sie hatten Landwirte untersucht, die regelmäßig mit Pestiziden zu tun haben. Gegenüber Männern mit gleichen demografischen Eigenschaften zeigte sich bei dieser Gruppe ein doppelt so hohes Risiko, die Blutkrankheit Monoklonale Gammopathie unklarer Signifikanz (MGUS) zu entwickeln. Diese Krankheit, die sich durch unnatürlich hohe Dosen der Antikörperproduzierende Zellen im Blut kennzeichnet, erfordert lebenslange ärztliche Beobachtung durch einen Arzt, da sie eine Vorstufe zum Knochenmark-Krebs Multiples Myelom darstellt.

"Es gibt bereits mehrere Hinweise darauf, dass Tätigkeiten in der Landwirtschaft das Risiko für das Multiple Myelom erhöht. Nun konnte erstmals gezeigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen dem Kontakt mit Pestiziden und einem übermäßigen Auftreten von MGUS kommt, die als Vorstufe der Krebskrankheit gilt", so Studienleiterin Ola Landgren vom US-Krebsinstitut <http://www.cancer.gov>. Die Forscher beobachteten über einen Zeitraum von fünf Jahren die Blutwerte von 700 Männern, die eine Lizenz zur Anwendung von nicht frei zugänglichen Pestiziden besitzen. Befragt wurden diese unter anderem, welche Chemikalien sie verwendeten, wie häufig und in welcher Form. Die Ergebnisse wurden mit denen einer größeren MGUS-Studie verglichen, wobei denkbare Störvariablen wie Rauchen, Alkohol, frühere Krebserkrankungen oder familiäre Vorbelastungen ausgeschlossen werden konnten.

Bei sieben Prozent der Menschen über 50 Jahre, die mit Pestiziden hantieren, war MGUS verbreitet, knapp doppelt so oft wie bei der Kontrollgruppe. Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen MGUS und 50 bestimmten Pestiziden untersucht. Am häufigsten war diese Verbindung bei dem Insektizid Dieldrin, beim Räuchermittel Kohlenstoff-Tetrachlorid und beim Pilzmittel Chlorthalonil gegeben. Beim häufigen Kontakt mit diesen Chemikalien stieg das MGUS-Risiko bis auf das Fünffache an. Welche Veränderungen dabei jeweils auf molekularer Ebene vor sich gehen, wird erst die weitere Erforschung von MGUS sowie des Multiplen Myeloms offenbaren.

<http://www.presstext.de/news/090615033/pestizide-gefaehrden-das-bauernblut/>

Originalarbeit:

abstract: <http://bloodjournal.hematologylibrary.org/cgi/content/abstract/113/22/5412>

Ganzer Artikel: <http://bloodjournal.hematologylibrary.org/cgi/reprint/113/22/5412>

16. 06. 2009

EU schlägt Verbot besonders gefährlicher Biozide vor

Die EU Kommission hat einen Entwurf zur Novellierung der 10 Jahre alten Biozid-Richtlinie veröffentlicht, die die Zulassung und Vermarktung von rund 50.000 Produkten wie Mottenspray, Desinfektionsmittel oder Holzschutzmittel in der EU regelt. PAN fordert Nachbesserungen.

In ihrem am 12. Juni 2009 veröffentlichten Entwurf stellt die Kommission in Aussicht, die Anwendung von Bioziden, die krebserregend, fortpflanzungs- oder erbgutschädigend sind oder das Hormonsystem beeinflussen können, zukünftig zu verbieten. Der Entwurf sieht außerdem vor, Gebrauchsgüter zu kennzeichnen, die mit Bioziden ausgerüstet sind, z. B. Textilien mit antibakteriellen Zusätzen oder Teppiche, die gegen Mottenfraß ausgerüstet sind.

Ziel der Kennzeichnung ist, die Konsumenten vor Stoffen zu schützen, die in der EU verboten sind, im Ausland aber noch eingesetzt werden, wie das gefährliche Pentachlorphenol (PCP). Behandelte Ledersofas oder Antischweißsocken, die zugelassene Biozide enthalten, sollen zukünftig gekennzeichnet und ggf. mit Gefahrenhinweisen versehen werden.

Susanne Smolka, Biozid-Expertin bei PAN Germany: "Wir begrüßen den Entwurf der EU-Kommission, da der Verbraucherschutz gestärkt und die Transparenz erhöht wird. Allerdings muss der Entwurf dringend nachgebessert werden. Dringend notwendig ist etwa die Aufnahme von Ausschlusskriterien für besonders gefährliche Umwelteigenschaften."

Beispiele von Bioziden, die direkt in die Umwelt gelangen, sind Antibewuchsfarben an Schiffsrümpfen oder der immer öfter eingesetzte Fassadenschutz gegen Pilze und Algen an Gebäuden. Studien belegen, dass bei Regen erhebliche Mengen von den umweltgefährlichen Stoffen aus den Fassaden heraus gewaschen werden.

PAN-Positionspapier „Kernpunkte zur Fortentwicklung der EG-Biozidrichtlinie aus Sicht der Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzverbände“, März 2008 unter:
http://www.pan-germany.org/download/NGO_Kernpunkte_EG-Biozidrichtlinie.pdf

Diese Presseinformation: http://www.pan-germany.org/download/presse/PI_Kommissionsentwurf_Biozide_090616.pdf

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) (Pesticide Action Network - Germany)
E-Mail: presse@pan-germany.org
Internet: <http://www.pan-germany.org>

Die schmutzigen Portfolios der Pestizidindustrie Produktbewertung & Vergleich der führenden Agrochemie-

Unternehmen (BASF, Bayer, Dow, Monsanto, Syngenta)
Deutsche Zusammenfassung des Reports "Dirty Portfolios of the Pesticides Industry" von Greenpeace e.V., Hamburg, Juni 2008 Viele der weltweit eingesetzten Pestizide stellen hohe Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar. Eine große Anzahl kann auf Grund fehlender öffentlich zugänglicher Daten über ihre Giftigkeit nicht bewertet werden. Hinzu kommt: Viele Pestizide können mit den Routineverfahren der staatlichen Laboratorien nicht analysiert werden. Es ist daher nicht bekannt, in welchen Mengen Lebensmittel und Umwelt tatsächlich mit diesen Pestiziden belastet sind.

Schmutzige Portfolios! - Ranking der Pestizid-Industrie
Pestizide des Bayer-Konzerns belasten Mensch und Umwelt am stärksten

http://www.greenpeace.de/themen/chemie/presseerklarungen/artikel/schmutzige_portfolios_ranking_der_pestizid_industrie/

=====

CHEMIKALIEN - PHTHALATE - WEICHMACHER

Leider nur in englisch:

Phthalates Exposure and Attention-Deficit/Hyperactivity Disorder in School-Age Children

Bung-Nyun Kim, Soo-Churl Cho, Yeni Kim, Min-Sup Shin, Hee-Jeong Yoo, Jae-Won Kim, Young Hee Yang, Hyo-Won Kim, Soo-Young Bhang, and Yun-Chul Hong

Abstract:

<http://www.journals.elsevierhealth.com/periodicals/bps/article/PIIS0006322309009524/abstract>

Mehr ueber Scherrmann@safer-world.org

25. 06. 2009

Studie mit Babys

Weichmacher könnten Risiko für Untergewicht steigern

Sind die viel diskutierte Weichmacher im Kunststoff schuld am niedrigen Gewicht Neugeborener? Darauf deuten die Ergebnisse einer chinesischen Studie hin. Die umstrittenen Substanzen stecken in vielen Kunststoffen und können ähnlich wirken wie Hormone.

Kunststoffe wie PVC wären ziemlich spröde und hart, wenn man ihnen nicht Weichmacher zusetzen würde. Dazu gehören auch die sogenannten Phthalate.

Weil viele Verpackungen aus Kunststoffen bestehen, gelangt der Weichmacher in Getränke und Lebensmittel - und so auch in den menschlichen Körper. Auch in Kinderwagen wurde die Substanz nachgewiesen

Welche Risiken von Phthalaten ausgehen, haben jetzt chinesische Forscher untersucht. Produktion von Plastikspielzeug in China (Archivfoto): Kunststoff-Zusatz macht Medizinern Sorgen.

Renshan Ge von der Fudan-Universität in Shanghai analysierten Daten von insgesamt 201 Neugeborenen und ihren Mütter. Die Babys waren 2005 und 2006 zur Welt gekommen. 88 Kinder hatten ein unterdurchschnittliches Geburtsgewicht, 113 Kinder galten als normalgewichtig. Die Forscher testeten das mütterliche Blut, das Nabelschnurblut und den ersten Stuhl der Kleinen auf Phthalate. Ergebnis: In über 70 Prozent der Proben fanden sich entweder die Weichmacher selbst oder Stoffwechselprodukte davon, wobei die Kinder mit Untergewicht im Schnitt mit einer größeren Phthalat-Menge in Kontakt kamen als jene mit Normalgewicht.

Der Weichmacher könnte ein Risikofaktor für Untergewicht bei Neugeborenen sein, schreiben die Forscher im Fachmagazin "Journal of Pediatrics". Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Gewicht und damit der Entwicklung der Kinder im Mutterleib und den Weichmachern sei damit aber nicht bewiesen. Die Studie trage jedoch zu der wachsenden Besorgnis in Bezug auf die weitverbreiteten Substanzen bei, die ähnlich wie Hormone wirken können und die Entwicklung Ungeborener im Tierversuch nachweislich beeinträchtigen.

Neugeborene seien in China damit offenbar praktisch überall Weichmachern ausgesetzt, schließen die Forscher. Besonders zwei Phthalat-Varianten scheinen dabei mengenabhängig mit einem niedrigen Geburtsgewicht assoziiert zu sein. Der Kontakt mit den Weichmachern im Mutterleib könnte auch die Gefahr von Komplikationen im Kindesalter sowie später die Wahrscheinlichkeit für Stoffwechselerkrankungen beeinflussen.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,632514,00.html>

21.07.2009

Badespielzeug enthält oft verbotene Weichmacher

WIESBADEN (dpa). Badespielzeug enthält nach einem Bericht des Hessischen Rundfunks (hr) oft gesundheitsschädliche Weichmacher. Im vergangenen Jahr habe das Hessische Landeslabor jedes achte untersuchte Produkt beanstandet, berichtete hr-INFO.

Insgesamt seien 39 Artikel wie Quietschentchen, Strandbälle, Wassertiere oder Schwimmflügel getestet worden. 5 davon hätten die seit zehn Jahren in der EU verbotenen Weichmacher enthalten, sagte der hessische Verbraucherschutz-Staatssekretär Mark Weinmeister (CDU) dem Sender. Die sogenannten Phthalate gelten als Auslöser von Allergien, Asthma oder sogar Krebs. Am häufigsten sei billiges Wasserspielzeug aus China negativ aufgefallen

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/allergien/default.aspx?sid=558883>

Bericht des Hessischen Rundfunks:

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_37574646

Original des Hessischen Landeslabors :

http://www.hmolv.hessen.de/irj/HMULV_Internet?rid=HMULV_15/HMULV_Internet/nav/4e6/4e630711-8ff1-2701-be59-263b5005ae75.e7950c10-efaa-9221-b30b-cd44e9169fcc...11111111-2222-3333-4444-10000005004%26_ic_uCon_zentral=e7950c10-efaa-9221-b30b-cd44e9169fcc.htm&uid=4e630711-8ff1-2701-be59-263b5005ae75

=====

CHEMIKALIEN - SCHIMMEL

30.09.2009

Schimmel ist ekelig und ein Gesundheitsrisiko

Schimmelpilze in der Wohnung sind kein Grund zur Panikmache, aber zur umgehenden Sanierung. Denn bestimmte Schimmelpilze bilden Mykotoxine, die innere Organe schädigen können. Die Sporen der Pilze können zudem Haut- und Schleimhautreaktionen auslösen und allergen wirken. mehr »

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/allergien/article/565017/schimmel-ekelig-gesundheitsrisiko.html>

Anmerkung Scherrmann:

Immerhin kam das Thema „Schimmel“ und auch das Thema „Weichmacher in Badespielzeug“ in der Aerztezeitung.

Ich sichte seit ueber 10 Jahren taeglich die online-news von <http://www.aerztezeitung.de> und <http://www.aerzteblatt.de> bzgl. Artikel und Pressemitteilungen zu gesundheitlichen Auswirkungen von Schadstoffen (Chemikalien, Esmog, Radioaktivitaet, ...). Im Laufe der Jahre finden sich immer weniger diesbeuegliche Informationen. Und so ist es nicht verwunderlich, dass Ärzte meist recht wenig über neueste Forschungen von Zusammenhaengen zwischen Schadstoffen und Krankheiten wissen.

Zudem: Das Thema "Schimmel" hat nicht die politische Dimension wie die Themen "Chemikalien", "Atomkraft", "Handymasten". Schimmel gilt als privates Problem, bei dem private Loesungen gefunden (und bezahlt) werden muessen.

=====

CHEMIKALIEN - SUESSSTOFF

17.10.09

Unerwünschtes Süßwasser / Kläranlagen können Süßstoff offenbar nicht komplett abbauen

Baierbrunn (ots) - Im Trinkwasser haben Wissenschaftler des Technologie-Zentrums Wasser in Karlsruhe mit einem neuen Messverfahren Rückstände bestimmter Süßstoffe festgestellt, berichtet die "Apotheken Umschau". Die Kläranlagen können die Süßstoffe offenbar nicht abbauen. Eine Gesundheitsgefahr bestehe dadurch derzeit aber nicht.

Digitale Pressemappe:

http://www.presseportal.de/pm/52678/1495065/wort_und_bild_apotheken_umschau

Originalartikel :

http://www.tzw.de/de/projekte/sonstiges/suessstoffe_im_wasserkreislauf-238/

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Eine Stellungnahme von Prof. Franz Adlkofer und Prof. Hugo Rüdiger

Seit 2005 behauptet Prof. Alexander Lerchl, der Leiter des Ausschusses für nicht-ionisierende Strahlung in der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), die an der Medizinischen Universität Wien (MUW) erhaltenen Forschungsergebnisse über die biologischen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung seien gefälscht. Die Konsequenzen, die sich im Falle der Richtigkeit dieser Beobachtungen seiner Meinung nach ergäben, hat er wie folgt beschrieben: „Die Ergebnisse von Diem et al. waren also in der Tat Besorgnis erregend. Sollten sie sich bestätigen, wäre dies nicht bloß ein Alarmsignal, sondern der Anfang vom Ende des Mobilfunks, da DNA-Schäden die erste Stufe zur Krebsentstehung sind“. Um Fakten zu schaffen, wiederholte und bekräftigte er den Fälschungsvorwurf seither viele Male, zuletzt am 22. September 2009 im Rahmen seines Vortrags bei einer Industrieveranstaltung in Wien. Als Begründung für seine Anschuldigung nannte er eine eigene statistische Überprüfung der von der Wiener Arbeitsgruppe in zwei wissenschaftlichen Fachzeitschriften publizierten Daten², sowie den Abschlussbericht des Rates für Wissenschaftsethik der MUW, der mit der Aufklärung des Falles betraut war. Ultimativ forderte er die Rücknahme der beiden Publikationen aus der wissenschaftlichen Literatur. Während es seiner eigenen Analyse an Substanz mangelte, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, kann der Wiener Abschlussbericht den unbefangenen Leser tatsächlich verunsichern und das Ansehen der Autoren der Studien nachhaltig schädigen. Deshalb ist es an der Zeit, dazu umfassend Stellung zu nehmen.

Die gesamte Stellungnahme unter http://www.diagnose-funk.org/assets/adlkofer--ruediger_-_wiener-skandal.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Im Moment kursieren immer mehr Verschwörungstheorien zu den unterschiedlichsten Themen. Die meisten sind meiner Ansicht nach nicht haltbar, sie sind oft nicht so eindeutig wie dargestellt. Der vorliegende Artikel hat aber nichts mit einer Verschwörungstheorie zu tun, sondern er ist eine sorgfältige wissenschaftliche Klarstellung der Vorgänge in Zusammenhang mit einer Wiener Studie. Ich finde, alle, die sich noch nicht sicher sind, wem sie denn nun glauben sollen, sollten diesen Artikel lesen, um am vorliegenden konkreten Beispiel die Mechanismen kennen zu lernen, mit denen die Industrie "im Namen der Wissenschaft" die öffentliche und staatliche Meinung beeinflusst.

Von www.elektrosmognews.de :

Täglich die neusten Meldungen/Berichte zum Thema EMF/Mobilfunk usw.
finden Sie hier im Allgemeinen Forum

http://www.hese-project.org/Forum/index.php?forum_id=4&page=0

Vom Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BI Omega, Mitglied im Dachverband

SOS der öffentlichen Gesundheit: Die Schattenseite der drahtlosen Revolution

<http://omega.twoday.net/stories/5811036/>

Belgien: Studie führt zur Grenzwertsenkung

<http://omega.twoday.net/stories/5809327/>

REFLEX und Fragen der Wirkungen

<http://omega.twoday.net/stories/5814136/>

26.11.2009

Neue Informations-Faltblätter der Bürgerwelle e.V.

<http://www.buergerwelle.de>

30.10.2009

Hirntumore: Signifikant erhöhtes Risiko

Die Weltgesundheitsorganisation sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der Handynutzung und der Entstehung von Krebs. Die internationale Presse berichtet dies auf Grundlage eines Artikels der britischen Tageszeitung Daily Telegraph (siehe untenstehende dt. Übersetzung) zu einer von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beaufsichtigten Langzeitstudie, welche nach langen Verzögerungen "angeblich" noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll.

<http://www.diagnose-funk.org/gesundheit/wissenschaftspolitik/interphone/hirntumore-signifikant-erhoehtes-risiko.html>

21. 08. 2009

AUVA-REPORT: Athermische Wirkungen bestätigt

Die österreichische AUVA gab an der Med. Universität in Wien eigene Forschungen in Auftrag, welche sich mit den Schwerpunkten Auswirkungen der Strahlung auf das Gehirn, das Immun system und Proteinen... <http://www.diagnose-funk.org/aktuell/brennpunkt/auva-report-athermische-wirkungen-bestaetigt.html>

=====

CHEMIKALIEN – TABAK

3.12. 2009

Helmholtz-Zentrum Muenchen:

Studie belegt Zusammenhang zwischen Tabakrauch und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern

Kinder, die während ihrer frühen Entwicklung Tabakrauch ausgesetzt sind, können bis zum Alter von etwa zehn Jahren Verhaltensauffälligkeiten entwickeln. Dies haben Wissenschaftler des Helmholtz Zentrums München zusammen mit Kollegen der Ludwig-Maximilians-Universität München im Rahmen der GINI-Plus-Studie herausgefunden. Besonders negativ macht sich der Einfluss des Tabakrauches während der Schwangerschaft bemerkbar. Die Ergebnisse der Studie sind in der aktuellen online-Ausgabe der renommierten Fachzeitschrift Environmental Health Perspectives veröffentlicht. ...

Mehr unter <http://www.helmholtz-muenchen.de/epi/arbeitsgruppen/umweltepidemiologie/projects-projekte/gini-plus/index.html>

=====

GRUENE GENTECHNIK

21. 11. 2009

USA: Gentech-Pflanzen erhöhen Pestizid-Einsatz

Beim kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen werden zunehmend Pestizide eingesetzt, so eine neue Studie

Wien - Verheißungsvoll waren die Versprechen der "Grünen Gentechnologie", kaum mehr Pestizide verwenden zu müssen. Nun zeichnet ein neuer Bericht allerdings ein völlig anderes Bild. Seit dem Beginn des kommerziellen Anbaus von Gentech-Pflanzen wurden in den vergangenen 13 Jahren in den USA knapp 145 Mio. Kilogramm mehr Pestizide ausgebracht als zuvor.

<http://derstandard.at/1256745295406/USA-Gentech-Pflanzen-erhoehen-Pestizid-Einsatz>

Die falschen Thesen der Agro-Industrie - Gentech-Pflanzen erfüllen Erwartungen nicht

Zehn Jahre sind vergangen seit der Zulassung des ersten genmanipulierten Lebensmittels, der so genannten Antimatschtomate. Seither hat die Agro-Gentechnik einen anscheinend beispielhaften Triumphzug hinter sich. Die weltweite Anbaufläche gentechnisch manipulierter Pflanzen ist mittlerweile auf die doppelte Größe Deutschlands, knapp 70 Millionen Hektar, angewachsen.

<http://umweltinstitut.org/gentechnik/irrtumer/gentech-pflanzen-erfullen-erwartungen-nicht-177.html>

Original:

Organic Center: "**Impacts of Genetically Engineered Crops on Pesticide Use: The First Thirteen Years**"

http://www.organic-center.org/science.pest.php?action=view&report_id=159

Bundestag 22.9.2009

Nutzen transgenen Saatguts in Entwicklungsländern scheint begrenzt

Bildung und Forschung/Unterrichtung

Berlin: (hib/TEP/MIK) Der bisherige Nutzen transgenen Saatgutes in Entwicklungs- und Schwellenländern erscheint nach Angaben des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag begrenzt. Das geht aus einem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (16/13874 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/138/1613874.pdf>)

hervor, der sich mit den Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven transgenen Saatguts in Entwicklungsländern beschäftigt. Der begrenzte Nutzen gelte vor allem in Bezug auf das "Spektrum der Pflanzenarten, Sorten und Eigenschaften". Eine abschließende Bewertung der bisherigen betriebs- und volkswirtschaftlichen Effekte wie Erträge, Gewinne und Gewinnverteilung lasse die schwache Datenlage zu den sozioökonomischen Effekten nicht zu, heißt es weiter.

Neben der Frage nach dem allgemeinen Nutzen transgenen Saatguts hat das Büro für Technikfolgen-Abschätzung auch die ökonomischen Resultate sowie ökologische und soziale Folgen für Brasilien, Chile, China und Costa Rica untersucht. In China werde "in sehr großem Maßstab transgene insektenresistente Baumwolle" angebaut, in Brasilien vor allem Soja. Anders als in den beiden Ländern finde in Costa Rica der Anbau transgenen Saatguts bislang nicht zur Verwendung im eigenen Land statt, sondern ausschließlich zur Saatgutproduktion für die Weltmärkte, heißt es in dem Bericht.

In Brasilien und in Costa Rica gebe es eine intensiv geführte gesellschaftliche Kontroverse über die ökologischen und ökonomischen Konsequenzen der Verwendung transgenen Saatguts. Dennoch sei festzuhalten, "dass selbst dort, wo die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Nutzung transgenen Saatguts sehr intensiv geführt wird, eine umfassende Risikokommunikation

http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_09/2009_254/02.html

5. 09. 2009

Neue Zürcher Zeitung (NNZ):

Hohe rechtliche Hürden für grüne Gentechnik in der Schweiz

Damit Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Pflanzen betrieben werden kann, ist eine Gesetzesrevision notwendig. Bisher ging man davon aus, eine Verordnung genüge.

Der Erfolg einer Landwirtschaft, die mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) arbeitet, hängt davon ab, ob sie sich mit herkömmlichen Anbaumethoden verträgt. Man spricht deshalb von Koexistenz. Biologische, konventionelle oder IP-Produkte müssen möglichst frei von GMO sein, wenn auch aus praktischen Überlegungen ein gewisser Toleranzwert erlaubt ist

... Damit steht wohl fest, dass – mit oder ohne Verlängerung des Moratoriums bis Ende 2013 – so schnell keine GMO-Pflanze auf einem landwirtschaftlich genutzten Feld in der Schweiz stehen wird. Denn braucht es eine Gesetzesrevision zur Regelung der Koexistenz, dann ist nicht nur eine lange politische Diskussion, sondern auch ein Referendum absehbar

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/hohe_rechtliche_huerden_fuer_gruene_gentechnik_1.3494718.html?printview=true

=====

NANOTECHNOLOGIE

3.12.2009

Aus dem Newsletter EU-Umweltbüro:

Gefährliche Stoffe/ Deutschland gegen Nano-Kennzeichnung für Kosmetika

Deutsche VertreterInnen waren gegen die Bemühungen der EU, Kosmetikhersteller zu zwingen, die KonsumentInnen über Nanomaterialien in Produkten zu informieren.

Auf europäischer Ebene wurde vor kurzem eine neue Verordnung über die Vermarktung und Sicherheit von Kosmetika verabschiedet. Eines der Kernelemente der neuen Verordnung ist eine Klausel, nach der Firmen das Wort „Nano“ in Klammer hinter jedem Inhaltsstoff abdrucken müssen, der weniger als 100 Nanometer groß ist. Deutsche VertreterInnen waren nun der Auffassung, dass die Kennzeichnung von den Verbrauchern als Warnung aufgefasst werden könnte. Nach der deutschen Position wäre es sinnvoller die VerbraucherInnen zu informieren, wenn die Verwendung von Nanomaterialien zu veränderten Produkteigenschaften führt. Deutschland folgt hier der Position der Industrie, die sich gegen die Kennzeichnung von Nanomaterialien in Produkten ausspricht.

Verordnung bezüglich kosmetischer Mittel

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03623.de09.pdf>

Newsletter auf EurActiv.com <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/barroso-verkndet-aufstellung-neuen-eu-kommission/article-187776>

21.10.2009

UBA

Nanotechnik für Mensch und Umwelt – Chancen fördern und Risiken mindern

Umweltbundesamt informiert zu umweltrelevanten Aspekten

Nanotechnik gewinnt bei der Entwicklung neuer Produkte und Anwendungen zunehmend an Bedeutung. Nanotechnisch optimierte Kunststoffe können etwa das Gewicht bei Autos oder Flugzeugen senken und somit helfen, Treibstoff zu sparen. Neue, nanotechnisch optimierte Lampen - so genannte Licht emittierende Dioden (LED) - haben eine hohe Lebensdauer, wandeln den elektrischen Strom effizienter in Licht um und sparen somit Energie. Dies sind nur zwei Beispiele aus einer rasch wachsenden Zahl von Produkten, die auf den Markt kommen und sich vermutlich positiv auf Umwelt und Wirtschaft auswirken. Der zunehmende Einsatz synthetischer Nanomaterialien in Produkten führt jedoch auch zu einem vermehrten Eintrag dieser Materialien in die Umweltmedien Boden, Wasser und Luft. Die Wirkungen der Nanomaterialien in der Umwelt und mögliche gesundheitliche Risiken für den Menschen sind derzeit noch unzureichend erforscht. Das Umweltbundesamt (UBA) fasst in einem Hintergrundpapier relevante Aspekte über

Umweltentlastungspotentiale zusammen, benennt Risiken für Mensch und Umwelt und formuliert Handlungsempfehlungen. ...

Pressemitteilung: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2009/pdf/pd09-075_nanotechnik_fuer_mensch_und_umwelt_chancen_foerdern_und_risiken_mindern.pdf

Ausführliche Informationen enthält das Hintergrundpapier „Nanotechnik für Mensch und Umwelt – Chancen fördern und Risiken mindern“. Es steht im Internet zum kostenlosen Download bereit unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3765.pdf>

Anmerkung Scherrmann:
Insbesondere die Handlungsempfehlungen finde ich wichtig, Empfehlungen sind jedoch keine Gesetze.

=====

RADIOAKTIVITAET

Umfangreiche Literatur- und Linksammlung als einzelne pdf-Dateien zum inzwischen kostenlosen downloaden auf <http://www.strahlentelex.de>
Z. B. Berichte und Kommentare zu :

Kinderkrebs bei Atomkraftwerken:

Links zu den einzelnen pdf-Dateien: http://www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm
:

Eine Täuschung der Bevölkerung – von Thomas Dersee (400 KB)
Leukämieclustern auf der Spur – von Sebastian Pflugbeil (200 KB)
Dekontamination eines Studienergebnisses – von Sebastian Pflugbeil (175 KB)
Was einen KKW-Schornstein so interessant macht – von Sebastian Pflugbeil (135 KB)
Leukämiersterblichkeit in der Nähe von japanischen Atomkraftwerken doch erhöht – von Wolfgang Hoffmann, Horst Kuni und Heiko Ziggel (210 KB)
Leukämien bei Kindern in der Umgebung von Tschernobyl – von Alfred Körblein und mit einem Kommentar von Sebastian Pflugbeil (185 KB)
Säuglingssterblichkeit nach Tschernobyl in skandinavischen Ländern – von Alfred Körblein (250 KB)
Fehlbildungen bei Neugeborenen um bayerische Kernkraftwerke – von Alfred Körblein (220 KB)
Die „Kriterien von Bradford Hill“ – von Sebastian Pflugbeil (180 KB)
Epidemiologische Bewertung der Ergebnisse der KiKK-Studien des deutschen Kinderkrebsregisters – von Eberhard Greiser (SSK-AG Unterrichtung vom 17.04.2008) (750 KB)
Epidemiologische Qualitätsprüfung der KiKK-Studien im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) – von Karl-Heinz Jöckel, Eberhard Greiser und Wolfgang Hoffmann (365 KB)
„Eine entscheidende Public Health-Studie“ – von Thomas Dersee zu einem Kommentar von Rudi H. Nussbaum, Portland State University, Portland/Oregon (USA) (250 KB)
Strahlenrisiken sind wissenschaftlich nachweisbar, von denen sich behördliche Kalkulationen nichts träumen lassen. Evidenz – Kontroverse – Konsequenz: Umweltmedizin-Symposium der Gesellschaft für Strahlenschutz vom 28. September 2008 in Berlin. Tagungsbericht von Thomas Dersee und Sebastian Pflugbeil (310 KB)
Stellungnahme der Strahlenschutzkommission (SSK) zur KiKK-Studie (gem. Veröffentlichung vom 9. Oktober 2008) (360 KB)
Vorläufige fachliche Bewertung des SSK-Berichts durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) vom 9.10.2008 (65 KB)
Ein Psychogramm der Strahlenschutzkommission – Bericht von Thomas Dersee (280 KB)
Probleme mit der wissenschaftlichen Begründung der SSK-Stellungnahme zur KiKK-Studie – Bericht von Thomas Dersee (230 KB)
Epidemiologische Tatsachen fordern „gegenwärtigen strahlenbiologischen Kenntnisstand“ heraus.
Anmerkungen zur Stellungnahme der Strahlenschutzkommission (SSK) zur KiKK-Studie. Von Hagen Scherb (135 KB)

Feuchtgebiete – der neue Bestseller der Strahlenschutzkommission. Sind die Leukämien bei Krümmel und anderswo durch Wasserdampf entstanden? Von Inge Schmitz-Feuerhake (235 KB)
Von der Gefahr der Vertrottelung in Kommissionen und in der Wissenschaft. Von Sebastian Pflugbeil (290 KB)
Einfluss der Form der Dosis-Wirkungsbeziehung auf das Leukämierisiko. Von Alfred Körblein (470 KB)
Fehlender Beweis ist kein Beweis für das Gegenteil – Nach Ian Fairlie von Thomas Dersee (200 KB)
Neue ökologische Studien zu Leukämien bei Kleinkindern um Kernkraftwerke – Bewertung von Alfred Körblein (225 KB)
Kommentar zur Bewertung der KiKK-Studie durch die deutsche Strahlenschutzkommission (SSK) – von Alfred Körblein (60 KB)
SSK in Erklärungsnot – Bericht von einem „Fachgespräch“ im Februar 2009 in Bonn, von Sebastian Pflugbeil (930 KB)
„Das Ergebnis der KiKK-Studie verlangt eine kritische Überprüfung der Annahmen und Modelle des Strahlenschutzes“ – Bericht (200 KB) von Thomas Dersee über eine ausführliche Würdigung der KiKK-Studie durch Rudi H. Nussbaum, emeritierter Professor der Physik an der Portland State University in Oregon (USA): www.ijoeh.com/index.php/ijoeh/article/view/1151
Leukämie bei Kindern unter 10 Jahren im Nahbereich der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Von Alfred Körblein (110 KB)

Radioaktiver Himmelszauber

Farbsalze in Feuerwerkskörpern enthalten instabile Radium- und Kaliumisotope und senden Gamma-Strahlung aus – Gesundheitsrisiko bei Zimmerfeuerwerk
<http://www.weltderphysik.de/de/4245.php?ni=1549>

Original:

Do pyrotechnics contain radium?

Georg Steinhauser and Andreas Musilek

http://www.iop.org/EJ/article/1748-9326/4/3/034006/er9_3_034006.pdf?request-id=b30cfa01-76a4-4adf-b636-2cdaae44ac7c

=====

KRANKHEITEN

Schweinegrippe-Impfstoff“ für Patienten mit chronischen Multisystemerkrankungen ungeeignet.

Stellungnahme des dbu (Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e. V.)

http://www.dbu-online.de/fileadmin/news/Pressemitteilung_dbu.pdf

Leider nur in Englisch:

Journal of the Neurological Sciences

Brain dysfunction in multiple chemical sensitivity

Ramon Orriols a,b,!, Roser Costa a,c,d, Gemma Cuberas e, Carlos Jacas f, Joan Castell e, Jordi Sunyer g,h,i

Abstract (in englischer Sprache): :

http://www.sciencedirect.com/science?_ob=ArticleURL&_udi=B6T06-4XC9770-3&_user=10&_coverDate=12%2F15%2F2009&_rdoc=1&_fmt=high&_orig=browse&_sort=d&_view=c&_acct=C000050221&_version=1&_urlVersion=0&_userid=10&md5=82113b55c26d01fa2f2394ed9117a690

Mehr ueber Scherrmann@safer-world.org

=====

KRANKHEITEN - DIAGNOSEN

Diagnoseschlüssel bei DIMDI:

a) DIMDI Aktuell vom 20.10.09

Klassifikationen (ICD, OPS u.a.)

Das DIMDI hat die endgültige Fassung der ICD-10-GM Version 2010 (Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, German Modification) auf seinen Internetseiten veröffentlicht. Die Klassifikation bildet die Basis für das pauschalierende Vergütungssystem G-DRG (German Diagnosis Related Groups).

http://www.dimdi.de/dynamic/de/klassi/aktuelles/news_0106.html

Auszug speziell zu T78.4 :

Allergie, nicht näher bezeichnet

Inkl.:

Allergische Reaktion o.n.A.

Idiosynkrasie o.n.A.

Überempfindlichkeit o.n.A.

Exkl.: Allergische Reaktion o.n.A. auf indikationsgerechtes Arzneimittel bei ordnungsgemäßer Verabreichung (T88.7)

Näher bezeichnete Formen einer allergischen Reaktion, wie z.B.:

•allergische Gastroenteritis und Kolitis (K52.2)

•Dermatitis (L23-L25, L27.-)

•Heuschnupfen (J30.1)

<http://www.dimdi.de/static/de/klassi/diagnosen/icd10/htmlgm2010/block-t66-t78.htm>

b) Das DIMDI hat die **Version 2010 der Alpha- ID** veröffentlicht. Diese Identifikationsnummer für Diagnosen spezifiziert in fortlaufenden Nummern die Einträge des Alphabetischen Verzeichnisses der ICD-10-GM: Jedem der ca. 76.600 Texteinträge des Alphabetischen Verzeichnisses mit Alpha- ID ist jeweils einer der ca. 15.000 ICD-10-GM-Kodes zugeordnet.

http://www.dimdi.de/dynamic/de/dimdi/presse/pm/news_0041.html

Anmerkung Scherrmann:

Der Terminus "Multiple Chemical Sensitivity" bzw. "MCS" kommt unter a) nicht vor, jedoch "Überempfindlichkeit o.n.A".

Im alphabetischen Verzeichnis (b) findet sich der Begriff.

Handbuch zur Software für die sozialpsychiatrischen Dienste (SpD);

<http://spdi32.de/demo/Handbuch%20SpDI.pdf>

siehe z.B. Seite 28:

"Hat der Klient noch keine Diagnosen, ist das Fenster leer. Im unteren Bildschirmbereich werden Informationen zur markierten Diagnose angezeigt. SpDI32 unterscheidet Diagnosegruppen, Diagnosearten und Detaildiagnosen. Einem Klienten kann so bereits in einem frühen Stadium eine Diagnose zugeordnet werden, ohne sich detailliert festlegen zu müssen. Es kann eine Hauptdiagnose und eine beliebige Zahl von Nebendiagnosen eingetragen werden. Für die Senatsstatistik ist es ausreichend, eine Hauptdiagnosegruppe festzulegen. Dies muss keine Detaildiagnose sein."

Kommentar Scherrmann:

Gerade fuer Menschen mit Schadstoffinduzierten Krankheiten (SIKs) kann diese Klassifizierung gefaehrlich werden, denn ohne Sachverstand und ohne weitere Belege und Detaildiagnosen kann den

Kranken die Verdachtsdiagnose " psychisch krank" "rasch verabreicht" werden. Diese ist dann im elektronischen System gespeichert.
In der Vergangenheit kamen immer wieder Zwangseinweisungen und Zwangstherapien von Menschen mit SIK vor. Eine detaillierte Patientenverfuegung kann deshalb fuer manche SIK-Kranken hilfreich sein. (Anregungen z. B: unter <http://www.patverfue.de> bzw. <http://www.patverfue.de/dokumente/patverfue.pdf>)

=====

GESUNDHEITSSYSTEM

medico Rundschreiben 04/2009

Der Medizinisch-industrielle Komplex

Anmerkungen zum Triumph des Lobbyismus. Der Rundschreiben-Kommentar von Thomas Gebauer.

Kaum waren die ersten Fälle von Schweinegrippe im Frühjahr 2009 bestätigt, da sprach Sir Roy Anderson, der gesundheitspolitische Berater der britischen Regierung, bereits von einer sich bedrohlich über alle Länder und Kontinente hinweg ausbreitenden Pandemie. Zum Glück, so fügte er im Interview mit der BBC hinzu, gebe es wirksame Gegenmittel. Dabei ließ Anderson freilich unerwähnt, dass er nicht nur als Regierungsberater tätig ist, sondern für umgerechnet 136.000 € im Jahr auch als Lobbyist für GlaxoSmithKline – eben jenen britischen Pharma-Multi, der – Welch ein Zufall – die von ihm erwähnten Präparate zum Schutz vor der H1N1-Influenza, der sogenannten Schweinegrippe, produziert. ...

Die ganzen „Anmerkungen“ unter <http://www.medico.de/material/rundschreiben/2009/04/der-medizinisch-industrielle-komplex/>

=====

TV

ARTE

Flüchtlinge vor einer strahlenden Welt

Wiederholung:

08.12.2009 um 01:40

Die Zunahme von Mobiltelefonen und anderen schnurlosen Technologien lässt auch die Belastung der Umwelt durch elektromagnetische Strahlung steigen. ...

<http://www.arte.tv/de/woche/244.broadcastingNum=1093879.day=4.week=50.year=2009.html>

=====

VERBAENDE, ORGANISATIONEN

Forum Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e.V. (dbu)

Dr. med. Kurt Mueller

Von rechts nach links und links nach rechts

<http://www.safer-world.org/d/lit/mueller.htm>

Anmerkung Scherrmann:

Der Artikel zu Umweltmedizin im Fokus von Parteien und Politik ist auch nach der Bundestagswahl hochaktuell, hervorragend und mutig.

Original in der umg 3/2009 (siehe unten)

Die europäischen Umweltverbände: Der heiße Draht nach Brüssel Ein Nachschlagewerk

Sonderheft der DNR-EU-Koordination, Jahrgang 18 (2009), Heft I
Berlin, November 2009

<http://www.eu-koordination.de/PDF/eur09-i.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Nicht weiter verwunderlich ist: Von den Top 10 und anderen NGOs beschäftigt sich NUR die Health and Environment Alliance (früher EPHA Environment Network) mit gesundheitlichen Aspekten: "HEAL ist eine unabhängige internationale Non-Profit-Organisation, die sich dafür einsetzt, die Bedingungen für die öffentliche Gesundheit durch besseren Umweltschutz zu fördern."

www.env-health.org

6. 11. 2009

Neubau MCS-gerechtes Wohnhaus, Zürich-Leimbach Studienauftrag im selektiven Verfahren

Ab heute ist das MCS-Wohnprojekt auf der Internetseite der Stadt Zürich ausgeschrieben. Es geht um ein speziell baubiologisch und MCS-gerecht erstelltes Haus mit ca. 10 Wohnungen für umweltkranke Menschen. Es lassen sich 4 Dokumente anklicken und herunterladen. Es gibt einen Architekturwettbewerb..

http://www.stadt-zuerich.ch/hbd/de/index/hochbau/ausgeschriebene_w/mcs.html

Wohnbaugenossenschaft

<http://www.gesundes-wohnen-mcs.ch>

Umweltmedizinische Jahrestagung:Hamburg, 2. + 3. 10. 2009 Chronische Krankheiten in der Umweltmedizin

Tagungsreader <http://www.igumed.de/images/jt09read.pdf>

ZEITSCHRIFTEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 22. Jahrgang, Ausgabe 3/2009

Schwerpunkt:

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder

Inhalt u. a. :

Adreas Kappos: Das Mobilfunk-Risiko aus ärztlicher Sicht

Rainer Frentzel-Beyme: Athermische Wirkungen elektromagnetischer Felder und Strahlungen auf die menschliche Gesundheit – eine Zusammenstellung relevanter Studien

Ulrich Warnke: Ein initialer Mechanismus zu Schädigungseffekten durch Magnetfelder bei gleichzeitig einwirkender Hochfrequenz des Mobil- und Kommunikationsfunks

Corbelia Waldmann-Selsam: Neurologische und neuropsychiatrische Veränderungen unter dem Einfluss hochfrequenter elektromagnetischer Felder am Arbeitsplatz und Remission nach Expositionskarenz – eine Kasuistik

Umweltmedizin

Anke Bauer, Christoph Mai, Oliver Hauf: Pilotstudie zur medizinischen Versorgungslage chronisch kranker Patienten mit MCS (Multiple Chemical Sensitivity) (Wissenschaftlicher Originalbeitrag)

Volker von Baehr et al.: Zur Bedeutung des Lymphozytentransformationstest (LTT-Borrelien) für die Diagnostik und Verlaufsbeobachtung bei Patienten mit Borreliose (Wissenschaftlicher Originalbeitrag)

Umwelt-Zahnmedizin

Peter Jennrich: Die medizinische Bedeutung chronischer Metallbelastungen – ein Überblick

Klima

Wilfried Kuehling: Energiesparlampen: Beleuchtung muss umwelt- und gesundheitsverträglich werden

Recht

Wilhelm Krahn-Zobel: Rechtsprechung und Rechtsentwicklung

Tagungsberichte

Aida Infante: Gewissenhafte Forschung: Diagnose und Handlungsmöglichkeiten bei Vergiftungen in der Arbeitswelt (Kath. Akademie, 15.-17.5.09, Trier)

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S.

Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte:

Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52

E-Mail: info@umg-verlag.de

Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

=====
POLTIK - BEHOERDEN
=====

BUNDESTAG

30. 11. 2009

Im Bundestag notiert: Quecksilber in Energiesparlampen

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/STO/KTK) Mögliche gesundheitliche Belastungen der Verbraucher durch Quecksilber in Energiesparlampen thematisiert die Fraktion Die Linke in einer Kleinen Anfrage (17/65 <http://dip.bundestag.de/btd/17/000/1700014.pdf>). Darin verweisen die Abgeordneten darauf, dass marktgängige Energiesparlampen geringe Mengen an Quecksilber enthielten, der weitaus größte Teil der verbrauchten Leuchten aber gleichwohl in den Hausmüll gelange. Wissen wollen die Abgeordneten, mit welchen konkreten Maßnahmen die Bundesregierung die fachgerechte Rücknahme von Energiesparlampen "deutlich verbessern" will.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_11/2009_289/03.html

25. 11. 2009

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a16/index.jsp>

Ausschuss fuer Gesundheit:

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a14/index.jsp>

18.11.2009

Im Bundestag notiert: **schadstoffbelastetes Spielzeug**

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/HAU/STO) Welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreift, um zu verhindern, dass schadstoffbelastetes Spielzeug auf den Markt gelangt, möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (17/31 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700031.pdf>) wissen. Die Abgeordneten verweisen darauf, dass EU- Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva schon im April 2009 auf "alarmierende Zahlen" von unsicheren Spielzeugen im EU-Schnellwarnsystem Rapex hingewiesen hat, und fragen, welche politischen Konsequenzen die Bundesregierung daraus für die Bundesebene und die Überwachungspraxis der Länder zieht.
http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_11/2009_275/06.html

17.07.2009

Bei Zahnersatz sind Zusatzkosten wegen Allergie grundsätzlich selbst zu tragen

Gesundheit/Antwort

Berlin: (hib/STO/BOB) Gesetzlich Versicherte müssen bei einem Zahnersatz zusätzliche Kosten, die wegen einer nachgewiesenen Allergie anfallen, grundsätzlich selbst tragen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (16/13565 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/135/1613565.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/13339 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613339.pdf>) hervor. Danach kommen in bestimmten Härtefällen in aller Regel die Krankenkassen für die Mehrkosten auf. Zu beachten sei allerdings, dass die Krankenkassen diese Zusatzkosten "nur insoweit übernehmen, als darin keine Mehrkosten für Edelmetalllegierungen enthalten sind".

In ihrer Anfrage hatte die Fraktion auf die Festlegung des Gemeinsamen Bundesausschusses in seiner Zahnersatz-Richtlinie vom Dezember 2004 verwiesen, der zufolge "bei einer nachgewiesenen Allergie nur ein Werkstoff verwendet werden darf, der vertragen wird". Wissen wollten die Abgeordneten unter anderem, ob aus der Festlegung der Richtlinie abzuleiten sei, dass zusätzliche Kosten, die durch nachgewiesene Allergien entstehen, von der Krankenkasse erstattet werden müssen.

Den Regierungsangaben zufolge ist aus der Festlegung der Richtlinie keine Erstattungspflicht der Krankenkassen abzuleiten. Seit jeher seien die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für die Versorgung mit Zahnersatz auf einen Teil der Kosten beschränkt gewesen seien. Mit der Einführung des "befundbezogenen Festzuschussystems" Anfang 2005 sei die vertragszahnärztliche Versorgung mit Zahnersatz grundlegend neu geordnet worden: "Unabhängig von ihrem Mundgesundheitszustand, ihrem Alter, ihren Erkrankungen oder Erkrankungsrisiken wie Allergien erhalten gesetzlich Versicherte bei einem bestimmten Befund bundesweit einheitliche Festzuschüsse zu einer medizinisch notwendigen Versorgung mit Zahnersatz", erläutert die Regierung.

Da "innerhalb der Festzuschuss-Konzeption nicht auf jeden einzelnen Behandlungsfall mit klinischen Besonderheiten oder individuellen Wünschen bei der Auswahl der Werkstoffe abgestellt" werden könne, sei nicht auszuschließen, dass Versicherte "im Einzelfall mehr als 50 Prozent der in der Regelversorgung abgebildeten Kosten zu übernehmen haben", heißt es in der Antwort weiter. Allerdings könnten Vertragszahnärzte die Höhe der zusätzlichen Kosten für die Versicherten durch die Auswahl kostengünstiger hypoallergener Werkstoffe niedrig halten. Auch könne der Zahntechniker bei der Gestaltung des Zahnersatzes höhere Zusatzkosten vermeiden.
http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_07/2009_216/01.html

=====

BUNDESGESUNDHEITSMINISTERIUM (BGM)

Patientenbeauftragter der Bundesregierung ernannt

Wolfgang Zöllner, MdB erhält heute vom Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler seine Ernennungsurkunde zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten.

Sie erreichen den Patientenbeauftragten und seine Geschäftsstelle wie folgt:
Wolfgang Zöller, MdB, Patientenbeauftragter der Bundesregierung
E-Mail patientenbeauftragter@bmg.bund.de
Internet www.patientenbeauftragter.de (wird in Kürze frei geschaltet)

23.06.2009

Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Umweltbundesamt (UBA)

Gesunde Umwelt in Innenräumen

Konferenz von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt in Berlin

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, hat heute in Berlin eine Konferenz zur Luftqualität in Innenräumen eröffnet: "Umweltschutz ist vorsorgender Gesundheitsschutz. Wir müssen überall dort tätig werden, wo Umweltfaktoren zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Da wir uns 80 bis 90 Prozent des Tages in Innenräumen aufhalten, ist die Sorge um die Raumluftqualität ein wichtiger Bestandteil der Prävention von gesundheitsbezogenen Umweltbelastungen", sagte Müller. Die gemeinsam von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt ausgerichtete Konferenz soll heute und morgen (23. und 24. Juni) klären, welche Problem es aktuell in Innenräumen gibt, wie diese gesundheitlich zu bewerten sind und welche politischen Handlungsoptionen sich daraus ergeben.

http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/pdf/44412.pdf

Themen:

Dicke Luft in luftdichten Gebäuden?

Schadstoffe aus Bauprodukten

Duftstoffe-Risiko Allergie

Schimmel in Innenräumen

Ratgeber: Hilfe Schimmel im Haus!

Emissionen aus Druckern

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheits/index.htm> (runterscrollen bis ca. Mitte des Files)

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

30.11.2009

Wie sicher ist sicher?

BfR-Stakeholder-Konferenz lotet Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Risikovorsorge aus
Wann sind wir ausreichend vor Gefahren geschützt? Sorgt der Staat dafür, dass Risiken so klein wie möglich bleiben? Nicht nur im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes stellt sich die Frage, wie weit die staatliche Risikovorsorge gehen kann und welchen Grad an Sicherheit staatliche Maßnahmen bieten können, dürfen und müssen. ,,,,

Die Beiträge zur Stakeholder-Konferenz „Sicherer als sicher? Recht, Wahrnehmung und Wirklichkeit staatlicher Risikovorsorge“ sind auf der BfR-Homepage unter www.bfr.bund.de veröffentlicht.

Dokumente:

-BfR-Stakeholder-Konferenz „Sicherer als sicher? – Recht, Wahrnehmung und Wirklichkeit in der staatlichen Risikovorsorge“ (PDF-Datei, 154.2 KB)

Übersicht aller Präsentationen zur BfR-Stakeholder-Konferenz „Sicherer als sicher? Recht, Wahrnehmung und Wirklichkeit in der staatlichen Risikovorsorge

<http://www.bfr.bund.de/cd/32476>

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde es interessant wie hier ueber Definitionen und Wahrnehmungen von Risiko, Gefahr, Vorsorge etc. gesprochen wird. Die fatalen gesundheitlichen, rechtlichen, sozialen Konsequenzen dieser in vielen Faellen vom BfR vorgegebenen Sichtweise erlebe ich im Austausch mit Kranken tagtaeglich.

21/2009, 24.08.2009

Wissenschaft zum Schutz des Verbrauchers

BfR veröffentlicht Jahresbericht für 2008

Gefährden Tonerpartikel die Gesundheit? Ist Dioxin in Schweinefleisch ein Risiko für Verbraucher? Können Duftstoffe Allergien der Atemwege auslösen? Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bewertet Risiken aus vielen Bereichen des täglichen Lebens. Chemikalien gehören ebenso dazu wie pflanzliche und tierische Lebensmittel, Kosmetik oder Kinderspielzeug. Unter dem Motto Krisen vermeiden, bevor sie entstehen arbeiten rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an drei Berliner Standorten für den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Deutschland und Europa. Über die Ergebnisse des vergangenen Jahres informiert das Institut jetzt in seinem Jahresbericht 2008. „2008 hat keines der Probleme, die es im gesundheitlichen Verbraucherschutz gab, das Ausmaß einer wirklichen Krise erreicht“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Dazu hat das BfR durch seine wissenschaftliche Expertise und transparente Arbeit einen entscheidenden Beitrag geleistet.“ ...

Jahresbericht 2008 (Bericht über die Arbeit des BfR vom 31.12.2008) (PDF-Datei, 5897.2 KB)

http://www.bfr.bund.de/cm/238/bfr_jahresbericht_2008.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Interessant ist fuer mich vor allem, was in diesem Bericht NICHT drin steht.

Ich habe mir im Zusammenhang mit diesem Bericht mal wieder die Aktivitaeten der BfR-Kommission für kosmetische Mittel angeschaut. 2009 gab es 2 Sitzungen. Protokolle unter:

http://www.bfr.bund.de/cm/207/3_sitzung_der_bfr_kommission_fuer_kosmetische_mittel.pdf (

Einzelstoffbewertung von Triclosan)

http://www.bfr.bund.de/cm/207/2_sitzung_der_bfr_kommission_fuer_kosmetische_mittel.pdf

(Bewertung der systemischen Toxizität ohne Erhebung zusätzlicher Daten aus Tierversuchen)

Wenn in einem einzigen Kosmetikprodukt zig oder hunderte von Chemikalien vorhanden sind (siehe oben unter CHEMIKALIEN -COCKTAIL), ist es weniger relevant über Einzelstoffbewertungen bzw.

Einzelstoffgrenzwerte zu forschen, sondern es ist dringendst geboten, über synergistische, additive Wirkungen nachzudenken, zu forschen und Handlungsempfehlungen und auch Gesetze zu erarbeiten.

=====

SACHVERSTAENDIGENRAT fuer UMWELTFRAGEN (SRU)

1. 12. 2009

Aktuelle Stellungnahme des SRU "Für eine zeitgemäße Gemeinsame Agrarpolitik"

der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat heute eine Stellungnahme zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik veröffentlicht.

Eine zeitgemäße Agrarpolitik muss sich von den einkommenspolitischen Zielen verabschieden und die Bereitstellung öffentlicher Güter in den Mittelpunkt der Förderung stellen. Der Erhalt der Biodiversität und der Klimaschutz gehören zu den prominentesten öffentlichen Gütern des 21. Jahrhunderts. Mit seiner Stellungnahme regt der SRU ein neues Honorierungssystem an, das diesen Anforderungen gerecht wird.

http://www.umweltrat.de/cae/servlet/contentblob/812334/publicationFile/50105/2009_11_Stellung_14_GAP.pdf

Harsche Kritik vom Deutscher Bauernverband

<http://www.presseportal.de/meldung/1523075>

=====

UBA (UMWELTBUNDESAMT)

2. 12. 2009

25 Jahre Chemieunglück in Bhopal: Fehler, die wir nicht vergessen dürfen

Umweltbundesamt begrüßt Fortschritte im internationalen Chemikalienmanagement und mahnt weiter zur Wachsamkeit

Am 03. Dezember 1984 ereignete sich in der indischen Stadt Bhopal in einem Betrieb der Union Carbide India Ltd ein folgenschwerer Chemieunfall. Wegen zahlreicher Mängel, Fehler und nicht funktionierender Sicherheitseinrichtungen, gelangte eine Gaswolke aus 20 bis 30 Tonnen des sehr giftigen Zwischenproduktes Methylisocyanat in die Atmosphäre. In der ersten Woche starben mindestens 2.500 Menschen und 500.000 wurden zum Teil schwer verletzt. Noch Jahre später waren bis zu 50.000 Menschen in Folge des Unfalls behindert und die Sterblichkeitsrate in der Bevölkerung erhöht. In Bhopal lebten zum Zeitpunkt des Unglücks etwa 700.000 Menschen, davon ca. 130.000 in unmittelbarer Nähe zum Betrieb. Das Unglück ist die bis heute schlimmste Chemiekatastrophe. „Der Preis für Industriekatastrophen wie in Bhopal ist so hoch, dass die Lehren daraus nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Auch in Deutschland und Europa müssen wir immer wieder kritisch prüfen, ob wir genug für die Sicherheit unserer chemischen Anlagen tun“, sagte Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA).

... Das Umweltbundesamt ist der Meinung, dass die Sicherheit der Chemikalienproduktion noch weiter verbessert werden muss. Erkenntnisse aus der Katastrophe in Bhopal sollten noch mehr beachtet werden, indem man zum Beispiel:

- noch weiter auf Gefahrstoffe verzichtet oder die gehandhabten und gelagerten Mengen verringert,
 - bei der Planung der Nutzung von Flächen berücksichtigt, dass Unfälle mit Gefahrstoffen nicht auf Wohnbebauung einwirken dürfen, wie nach § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz gefordert und nicht immer ausreichend berücksichtigt;
 - Umweltbehörden und Betreiber ausreichend Personal zur Überwachung, Betrieb und Instandhaltung der Anlagen bereitstellen.
- Gesamte Pressemitteilung unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/presseinfo-aktuell.htm>

Weitere Informationen:

Jahresberichte gemäß Störfall-Verordnung in Deutschland über „meldepflichtige Ereignisse“:

<http://www.umweltbundesamt.de/zema/download.html>

Datenblätter zu einzelnen „meldepflichtigen Ereignissen“ in Deutschland: <http://www.infosis.bam.de/>

Informationen rund um ein sicheres Chemikalienmanagement:

<http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/pops.htm>

Forderung nach Anwendung globaler Sicherheitsstandards: OECD-Leitprinzipien für die Verhinderung, Bereitschaft für den Fall und Bekämpfung von Chemieunfällen, OECD 2003 Kapitel 16 c:

http://www.umweltbundesamt.de/anlagen/OECD_GuidingPrinciples_Deutsch.pdf

Informationen über umweltrelevante Eigenschaften von chemischen Stoffen und Zubereitungen zur Gefahrenabwehr im Gemeinsamen Stoffdatenpool Bund / Länder (GSBL):

<http://www.gsbl.de/index.html>

9.10. 2009

Europäische Chemikalienpolitik

Umweltbundesamt empfiehlt Überprüfung der Kriterien für besonders besorgniserregende Stoffe

Im Vorfeld des 3. Treffens der zuständigen Behörden gemäß REACH- und CLP-Verordnung (CARACAL), das am 12. und 13. Oktober 2009 stattfindet, fordert das Umweltbundesamt eine Änderung des Anhangs XIII der REACH-Verordnung, der die Kriterien für die Identifizierung von PBT-/vPvB-Stoffen enthält. Mehrere Mitgliedsstaaten vertreten die Auffassung, dass die Kriterien überholt sind und nicht dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen und dass sie den wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Stoffen gefährden. Zurzeit arbeitet die Europäische Kommission an einem neuen Vorschlag zur Änderung von Anhang XIII. Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) befürchtet, dass dieser Prozess enden könnte, ohne die notwendigen Änderungen zur Aktualisierung des Gesetzestextes hervorzubringen. Angesichts der besonderen Bedeutung des Anhangs XIII für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt bittet das Umweltbundesamt die Kommission nachdrücklich, einen Vorschlag vorzulegen, der den derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand berücksichtigt.

Persistente, bioakkumulierbare und toxische (PBT) und sehr persistente und sehr bioakkumulierbare (vPvB) Stoffe stellen ein langfristig nicht vorhersehbares Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar. Nach Freisetzung in die Umwelt können die schädlichen Wirkungen dieser Stoffe nicht beseitigt werden. Es bedarf deshalb konsequenter Vorsorgemaßnahmen, um die Freisetzung von PBT-/vPvB-Stoffen zu verhindern und das „hohe Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt“ sicherzustellen, das in der REACH-Verordnung als Ziel festgelegt ist (Art. 1 (1)).

REACH bezeichnet Chemikalien mit PBT-/vPvB-Eigenschaften als „besonders besorgniserregende Stoffe“ und verlangt, dass die Registranten im Rahmen der Stoffsicherheitsbeurteilung die Stoffe hinsichtlich ihrer PBT-/vPvB-Eigenschaften bewerten. Eine wichtige Aufgabe der Mitgliedsstaaten unter REACH ist es, für besonders besorgniserregende Stoffe die Zulassungspflicht zu initiieren. Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen ist es jedoch, dass die Beurteilung der PBT-/vPvB-Eigenschaften auf Grundlage geeigneter PBT-/vPvB-Kriterien durchgeführt wird.

Artikel 138 (5) der REACH-Verordnung verpflichtet die Europäische Kommission, die aktuellen Kriterien des Anhangs XIII zu überprüfen. Auf Einladung der Europäischen Kommission kamen Fachleute in zwei Treffen einer Untergruppe der zuständigen Behörden im September und November 2008 zusammen, um die Überarbeitung des Anhangs XIII zu diskutieren. Die Untergruppe erklärte, dass die Kriterien nicht dem jetzigen Stand der Wissenschaft entsprechen und geändert werden müssen. Insbesondere können mit den aktuellen Kriterien nicht alle vorhandenen Informationen genutzt werden. Außerdem geben die jetzigen Kriterien die Eigenschaften, die sie beschreiben sollen, unzureichend wieder. So beschreibt der Begriff „Bioakkumulation“ sowohl die Aufnahme eines Stoffes über das umgebende Umweltmedium (Bionkonzentration) als auch die Aufnahme über die Nahrungskette (Biomagnifikation). Das REACH-Kriterium für die Bioakkumulation bezieht sich dagegen nur auf die Bionkonzentration in Wasserlebewesen. Stoffe, die sich zwar nicht in Fischen anreichern, doch über die Nahrungskette in Säugetieren akkumulieren, werden durch ihn nicht erfasst.

Eines der Ziele bei der Regulierung von PBT-/vPvB-Stoffen ist der Schutz unberührter Gebiete. Deshalb sollte bei der Bewertung von PBT-/vPvB-Eigenschaften der Ferntransport eines Stoffes berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Stoff in der Lage ist, sich in weit entfernten Gebieten anzureichern. Im aktuellen Anhang XIII ist diese Eigenschaft nicht enthalten, deren Aufnahme auch zur Erfüllung der Anforderungen des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP-Konvention) erforderlich ist.

Auf dem Treffen der zuständigen Behörden im Dezember 2008 legte die Europäische Kommission einen Vorschlagsentwurf für eine Änderung des Anhangs XIII vor, der die Kriterien unverändert beließ und nur geringfügige Verbesserungen einbrachte. Die Mehrheit der zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten äußerte sich ernsthaft besorgt darüber, dass der Änderungsvorschlag unzureichend ist, und forderte die Kommission auf, den Empfehlungen der Experten-Untergruppe zu folgen.

Daraufhin erklärte die Kommission, dass sie den Entwurf überarbeiten und einen neuen Vorschlag vorlegen würde. Seitdem liegen keine weiteren Informationen über die Aktivitäten der Kommission zur Überarbeitung von Anhang XIII vor, obgleich die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten als auch Verbände in Schreiben an die Kommission ihre Besorgnis über das Problem zum Ausdruck brachten und die Kommission bitten, über den Fortgang der Arbeiten zu berichten.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reach-info.de/pbt.htm>

http://ec.europa.eu/environment/chemicals/reach/reviews_en.htm#annex13

(Nur auf Englisch verfügbar)

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/chemicals/documents/reach/review-annexes/index_en.htm#h2-annex-xiii

(Nur auf Englisch verfügbar)

Anmerkung Scherrmann:

Es ist wichtig, dass das UBA immer wieder nachhakt und eine Nachbesserung einfordert.

09.10.2009

Der Weg von Seveso bis heute – von Dioxinen zu POPs

33. Jahrestag des Seveso-Chemieunglücks: Internationales Chemikalienmanagement macht Fortschritte

Am 10. Juli 1976 wurde bei einem Unfall in der chemischen Fabrik ICMESA nahe der italienischen Ortschaft Seveso eine Schadstoffwolke freigesetzt, die vor allem aus Dioxinen bestand. Ein sechs Quadratkilometer großes, dicht bevölkertes Gebiet wurde damals vergiftet. Diese Umweltkatastrophe löste endlich ernsthafte Bemühungen aus, die Herstellung und Anwendung von Chemikalien sicher zu machen. Das seinerzeit freigesetzte hochgiftige 2,3,7,8 Tetrachlor-Dibenzo-p-Dioxin (2,3,7,8 TCDD) wurde weltweit als „Seveso-Gift“ bekannt. Dioxine bilden sich bei chemischen Prozessen als Nebenprodukte und sind die stärksten Umweltgifte, die der Mensch je hergestellt hat, obwohl sie nie gezielt produziert wurden. Für ihre Entstehung sind thermische Prozesse etwa in der Metallindustrie oder diverse Verbrennungsvorgänge verantwortlich. Dioxine können dann mit Abgasen und Produktionsrückständen in die Umwelt gelangen.

Grenzübergreifend wurde auf die Problematik reagiert: 1980 machte Deutschland Industrieanlagen mit der Störfall-Verordnung sicherer, 1982 folgte in Europa die so genannten Seveso-Richtlinie (Richtlinie 82/501/EWG über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten). Seither müssen Industrieanlagen, die mit gefährlichen Stoffen umgehen oder wo solche – wie bei ICMESA – bei chemischen Verfahren entstehen können, Sicherheitsuntersuchungen durchführen und Notfallpläne erstellen. Die Seveso-Richtlinie wurde 1996 und die Störfall-Verordnung 2000 neu gefasst. Seither wird von den Industrieanlagen auch die Anwendung eines Sicherheitsmanagementsystems verlangt.

...

Mehr unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2009/pd09-047_der_weg_von_seveso_bis_heute_von_dioxinen_zu_pops.htm

Informationen des Umweltbundesamtes zum internationalen Chemikalienmanagement finden Sie unter: <http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/pops.htm> .

<http://www.umweltbundesamt.de/technik-verfahren-sicherheit/index.htm>

Umwelt+Gesundheit Ausgabe 04/2009:

Das UBA berichtet regelmäßig über Schadstoffbelastungen in Innenräumen. Die daraus resultierenden Gesundheitsgefahren können jeden von uns betreffen. Immerhin halten wir uns die meiste Zeit des Tages in Innenräumen zu Hause, in der Schule, im Büro oder in Verkehrsmitteln auf. Die Politik will jetzt verstärkt handeln und Maßnahmen gegen Innenraumbelastungen ergreifen. Dies ist das Ergebnis der Konferenz „Innenraumlufthausqualität: Gesunde Umwelt in Innenräumen“, die BMU und UBA gemeinsam am 23. und 24. Juni im dbb-Forum in Berlin ausgerichtet.

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/Ausgabe04-2009.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/index.htm>

2. 07. 2009

Newsletter der Geschäftsstelle des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) – www.apug.de

Neuigkeiten zu Umwelt und Gesundheit

Umwelt- und gesundheitspolitische Nachrichten:

Blauer Engel für mehr Sicherheit im Kinderzimmer

Zuviel Feinstaub in deutschen Innenstädten

Neue Richtlinie für besseren Schutz der Badenden

Kinder müssen besser vor Vergiftungen geschützt werden

Weitere persistente organische Schadstoffe verboten

Ein Jahrzehnt Gesundheitsdaten online

Schallschutz an Flugplätzen wird verbessert

Wichtige Weichenstellung für bundesweites Krebsregister

Trinkwasser in Deutschland ist gut bis sehr gut

Gesundheitlichen Folgen des Klimawandels begegnen

Gewinnerstädte der Werbekampagne für emissionsfreie Mobilität ausgewählt

Deutsches Obst und Gemüse hält gesetzliche Höchstgehalte für Pflanzenschutzmittel weitgehend ein

Natürliche Radioaktivität im Trinkwasser: Bundesumweltministerium sieht Handlungsbedarf

Gesunde Luft in Innenräumen

Unter <http://www.apug.de/newsletter/index.htm> stehen Ihnen der aktuelle APUG-Newsletter sowie die bereits erschienenen Ausgaben als PDF-Dokument zum Herunterladen zur Verfügung.

=====

Ende des newsletter/d/122

Wie ueblich koennen Sie diesen newsletter auch unter [http://www.safer-](http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/122.htm)

[world.org/d/newsletter/2009/122.htm](http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/122.htm) als htm- oder unter

<http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/122.pdf> als pdf-Datei downloaden.

Alle Angaben sind ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Imoressum: Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles

Internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt